

Beilage zu Nummer 145 der Volksstimme.

Freitag den 23. Juni 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 23. Juni 1916.

Eine sehr notwendige Verfügung.

Durch eine am 21. Juni vom Bundesrat beschlossene Verordnung soll dem Ueberhandnehmen der Verwendung von Pappe und ähnlichen widerstandsfähigen Stoffen für ledernes Strahenschuhzeug Einhalt geboten werden. Für einzelne Schuhstiele eignen sich bewährte Kunststoffe ebenso gut wie Leder, und unter den heutigen Verhältnissen muß mit dem Leder so viel als möglich gespart werden. Wenn aber die Knappheit und der hohe Preis des Leders die Fabrikanten veranlaßt hat, sogenannte Strapazierstiefel mit Pappsohlen in den Verkehr zu bringen, so ist das eine Anstöße, unter der sowohl die Verbraucher leiden als die Händler; sie wirkt auch insofern höchst unvorteilhaft, als durch den schnellen Verschleiß solcher Stiefel das brauchbare Leder, das sie enthalten, ungenügend ausgenutzt wird. Solche Lederverschwendung ist gegenwärtig durchaus verwerflich. Deshalb ist nunmehr für den Absatz und die Auffahme die Verwendung von Pappe usw. überhaupt verboten, die Brandsohle und die Hinterkappe müssen überwiegend aus Leder bestehen, Absätze ohne kräftige Oberseite aus Leder sind unzulässig.

Die Verordnung tritt erst in 2 Wochen in Kraft, damit die schon begonnene Fabrikation zu Ende geführt werden kann und das durch die Verarbeitung in Anspruch genommene Leder erhalten bleibt für eine reichlich bemessene Uebergangszeit bleibt der Vertrieb der nachweislich bereits hergestellten minderwertigen Schuhe erlaubt, aber nur unter deutlicher Kennzeichnung der an Stelle von Leder verwendeten Stoffe.

Es ist notwendig, daß auch unsere Leser diese wichtige Verordnung beachten, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, angeklagt zu werden.

Wuchernde Gemüsebauern und der Kölner Erzbischof.

Der Generalsprei der Gemüsebauern in der Umgebung Kölns, die infolge der neuen Richtpreise die Städte Köln und Bonn einfach ohne Gemüse liefern, hat derartige Erbsitzung erzeugt, daß sich jetzt der Kölner Erzbischof in einem Erlaß an die Pfarren gegen die Wucherer wendet. Niemand könne, so heißt es darin, etwas dagegen einwenden, wenn die Gemüsebauern einen der allgemeinen Preissteigerung entsprechend höheren Preis nähmen; wenn man aber übertrieben hohe Preise fordere oder gar vom Markte zurückhalte, so müßte diese mit den christlichen Sittengesetzen und dem 7. Gebot unvereinbare Ausbeutung der augenblicklichen Notlage der Bevölkerung auf das schärfste gemißbilligt werden. Es würde untragbare Verhältnisse und endlich auf die Dauer eine empfindliche Schädigung der städtischen Bevölkerung selbst zur Folge haben, ganz abgesehen davon, daß auch durchgreifende Abwehrmaßnahmen erforderlich sein würden.

Wir sehen überall die gleiche Erscheinung. Darum müssen allgemein Höchstpreise eingeführt werden, die aber nicht nach der allgemeinen Preissteigerung, sondern nach den jeweiligen Produktionskosten sich richten müssen. Dann werden die Gemüsebauern allerdings minderes Interesse am Bau von Gemüse haben, aber wenn die Verbraucher nur wollen, kann auch hier entsprechend nachgeholfen werden.

Berufliche Benutzung des Rades erlaubt. Der Stellvertretende Kommandierende General des 18. Armee-Korps hat folgende Verordnung erlassen: Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Verbleibungsstand vom 4. Juni 1881 bestimme ich für den mit unterstellten Korpsbezirk und — im Einvernehmen mit dem Gouverneur — auch für den Besatzbereich der Festung Mainz: Jede Benutzung von Fahrrädern zu Vergnügungsfahrten (Spazierfahrten und Ausläufen), sowie zu Sportfahrten wird verboten. Fahrradfahrten auf Rennbahnen dürfen stattfinden, wenn sie mit vorräthigen sogenannten Rennreifen (geschlossener Gummireifen ohne Luftschlauch) ausgestattet werden. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

zu einem Jahre und beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Es handelt sich nicht um ein allgemeines Verbot der Benutzung von Fahrrädern, sondern nur um das Verbot von Vergnügungs- und Tourenfahrten. Der ferneren Benutzung des Rades zu geschäftlichen Zwecken, zur Erreichung der Arbeitsstätte, seitens der Schuljugend auf dem Wege von und nach der Schule, zu geschäftlichen Besorgungen seitens Hausangestellter, Dienstboten, Ausläufer, gewerblichen Arbeiter steht nichts im Wege. Dagegen dürfen keine Ausläufer und Spazierfahrten mehr per Rad unternommen werden. Genaue Ausführungsbestimmungen werden in aller Kürze erlassen.

Aus den umliegenden Kreisen.

Hannau, 23. Juni. (Schwurgericht.) Der vierte Verhandlungstag wurde von einem Reineidsprozeß ausgefüllt, der gestern noch nicht zum Abschluß gelangte. Auf der Anklagebank saßen die Witwe Anna Bourbons von hier wegen Verleitung zum Reineid und die Ehefrau Margarete Berg, Stellvertreterin von hier, wegen wissentlichen Reineids. Beide Frauen sind bereits verurteilt. Frau Bourbons läßt denken, die nicht alle werden, den Schleier der Zukunft, wofür sie schon öfters mit einem Strafbefehl bedacht wurde. Wegen eines Strafbefehls im Juli u. Z. erhob sie Einspruch, erschien aber nicht rechtzeitig zu dem auf 9 Uhr morgens angesetzten Schöffengerichtstermin. Infolgedessen wurde die Revision, den geschlossenen Bestimmungen gemäß, einfach verworfen. Als Frau Bourbons nach der Urteilsverkündung erschien, wurde sie an die Strafkammer verwiesen. Vor dieser Instanz soll sie das Schöffengerichtsurteil mit der Begründung an, daß in der Ladung zum Termin die Stunde nicht auf 9 Uhr, sondern auf 9 1/2 Uhr angegeben gewesen sei. Die Sache wurde ausgesetzt und im Dezember v. J. wieder vor dem Schöffengericht verhandelt. Inzwischen hatte ein Chemiker festgestellt, daß auf der Ladung die 9 und das 1/2 Zeichen von zwei verschiedenen Personen und mit verschiedener Tinte geschrieben seien. Ebenso beschwerten zwei Gerichtsbeamte, das 1/2 Zeichen nicht geschrieben zu haben. Dagegen erklärte die Stellvertreterin Berg unter Eid, sie sei dabei gewesen, als Frau Bourbons die Ladung öffnete, und habe gesehen, daß der Termin auf 9 1/2 Uhr anberaumt war. Auf Grund dieses Zeugnisses wurde Frau Bourbons damals von der Anklage der Urkundenfälschung, freigesprochen. Inzwischen verstärkte sich aber der Verdacht gegen die beiden Frauen, so daß sie heute verhaftet und unter Anklage wegen Reineids bzw. Verleitung zum Reineid gestellt wurden. Zu der Verhandlung sind 23 Zeugen geladen; als Sachverständige sind die Herren Gerichtsdirektor Dr. Popp (Frankfurt a. M.) und Sanitätsrat Dr. Seligmann (Hannau) zugezogen.

Hannau, 23. Juni. (Beim Spielen tödlich verunglückt!) Ist der 19jährige Sohn Gustav des Wäldereisters Lorenz von hier. Der Knabe hatte am Mittwoch nachmittag mit zwei Altersgenossen im Steinbruch bei Wilhelmshausen gespielt, wobei sich die Kinder am Rollwagen zu schafften machten. Der Wagen lief gegen die Felswand und drückte dem kleinen Lorenz den Brustkorb ein. Anstatt schnell Hilfe herbeizuholen, ließen seine Spielkameraden davon und machten den bedauernswerten Eltern erst gestern früh Mitteilung von dem Unglücksfall. Der Junge wurde tot in dem Steinbruch aufgefunden.

Hannau, 23. Juni. (Der Speckverkauf) in den städtischen Fleischverkaufsstellen erfolgt bis auf weiteres nur noch gegen Abgabe von Fettmarken. Auf Fleischwarenmarken wird kein Speck mehr verabsolgt. Auf eine Fettmarke entfallen bis zu 150 Gramm Speck.

Ried, 22. Juni. (In der letzten Gemeindevorstellung) wurde der geschäftlich auscheidende Beigeordnete Hg. Wagner einstimmig auf weitere sechs Jahre wiedergewählt. Versprochen wurde die Ausbringung des Anteils von 1000 Mark für den Wiederausbau im Kreise Staluppen. Im Anschluß hieran beschloß man, einen Ausschuß des Rhein-Rainischen Verbandes für Volksbildung am hiesigen Orte zu bilden. Eine Anfrage des

Gemeindevorsetzers J. Bauer betreffs der Kanalisation wurde vom Bürgermeister mit Verlesen eines von der Regierung eingegangenen Bescheides beantwortet. Der Bescheid löste eine lebhaft Diskussion aus.

Soden a. L., 22. Juni. (Schwerer Zusammenstoß.) Am steilen Reutenhainer Berg fuhr in der Dunkelheit ein Radfahrer eine Frau um. Beide stürzten zu Boden und erlitten schwere Verletzungen, die sofortige ärztliche Behandlung erforderlich machten.

Kröden, 22. Juni. (Brandunglück.) Beim Herabfahren gingen die Kleider der Bergmannsrau Wilhelm noch Feuer. Es gelang zwar beherzten Personen, die Flammen nach kurzer Zeit zu ersticken, doch erlitt die Frau schwere Brandwunden am ganzen Leibe.

Westerburg, 22. Juni. (Totgefahren.) Im Steinbruch von Rothendach wurde der neugeborene Arbeiter Albert Hof von einem schwerbeladenen Steinwagen überfahren und getötet.

Aus Frankfurt a. M.

Die Kartoffelnot wird noch größer!

Die Berichte, die in den letzten Tagen durch die Presse gingen, daß in einer Reihe Großstädte die auf den Kopf der Bevölkerung berechneten Kartoffelmengen um die Hälfte herabgesetzt werden müßten, weil die in Aussicht gestellten Lieferungen plötzlich unterblieben, ließen darauf schließen, daß auch in Frankfurt a. M. ähnliche Maßnahmen ergriffen werden müßten. Vorläufige Hausmütter, besonders solche, die mit dem Wochengelde nicht besonders rechnen müssen, nützen die Zeit und deckten sich nach Möglichkeit mit diesen jetzt unentbehrlichen Erdfrüchten auf ein. Auf dem Kartoffelmarkt konnte man nach dieser Richtung allabendlich Beobachtungen anstellen. Das Schrecklichste, was der minderbemittelten Bevölkerung widerfahren konnte, ist nun leider Wahrheit geworden, denn vom Lebensmittelamt ging der Presse folgende Notiz zu (wir erhielten die Notiz erst nach Fertigstellung der Zeitung und werden deshalb beim Lebensmittelamt Verleumdungen einlegen, weil durch diesen Umstand ein großer Teil der Bevölkerung mit noch bloßem Kartoffeleinkauf in Verzug kam. Red. d. „Volksst.“):

„Leider ist nun auch für Frankfurt eine Herabsetzung der auf den Kopf zustehenden Kartoffelmengen um die Hälfte notwendig geworden, nachdem schon eine ganze Reihe anderer Städte, u. a. auch Berlin und Breslau, zu dem gleichen Schritt gezwungen worden sind. Auf Grund der in Aussicht gestellten Lieferungen glaubte man ohne Einschränkung bis zur neuen Ernte durchkommen zu können. Die Lage hat sich aber in den allerletzten Tagen dadurch geändert, daß eine von der Reichskartoffelstelle ganz bestimmt zugesagte große Lieferung aus dem Osten nun doch nicht erfolgen kann. Ein Ersatz für die verringerte Kartoffelmengen soll durch erhöhte Brotausgabe geschaffen werden. Die sogenannten 10 Pfund-Kartoffelscheine sollen nur noch zum Bezug von je 5 Pfund Kartoffeln auf den Schein gelten. Für jede ausfallenden 10 Pfund Kartoffeln wird ein Brotschein zum Bezug von 750 Gramm ausgegeben. Um diese Brotscheine zu erhalten, sind die 10 Pfund-Kartoffelscheine, welche nach wie vor bei den städtischen Kartoffelstellen gegen die bis zum 17. Juli gültigen Zentralscheine eingetauscht werden können, der zuständigen Brotkommission vorzulegen. Die Brotkommission verabsolgt für jeden 10 Pfund-Kartoffelschein einen Brotschein. Zur Erleichterung des Umtausches sollen ausnahmsweise die für die Zeit vom 12. bis 23. Juni ausgegebenen Brotscheine auch noch in den beiden nächsten Wochen zum Brotbezug gültig sein. Die der Brotkommission vorgelegten 10 Pfund-Kartoffelscheine werden gleichzeitig von der Brotkommission mit einem K-Stempel versehen; sie gelten dann nur noch zum Bezug von 5 Pfund Kartoffeln bei allen Kartoffelhändlern. Ungesampelte Scheine haben keine Geltung, und es dürfen die Händler gegen dieselben keine Kartoffeln verabsolgen. An die Klein Händler werden von den städtischen Verkaufsstellen

Kleines Feuilleton.

Frankfurter Theater.

Opernhaus. Vor Beginn der Ferien gibt es noch Gastrollen in Hölle und Hölle, auch einige Gastspiele auf Engagement. Als ein maßstabsetzender Bewerber ist Herr Karl Ziegler vom Hamburger Stadttheater anzusehen, der am Dienstag den Eleazar in der „Jüdin“ und gestern den Pedro in „Tiefenland“ sang, beides Rollen, die früher Herr Hagen zu seinen besten zählte. Zwar verfügt Herr Ziegler nicht über ein besonders großes Organ, der Uebergang zur Sopranstimme ist zu wenig ausgeglichen, die hohen Töne klingen auch nicht sehr schmelzig, doch ist die Stimme durchaus bildungsfähig und gut ansprechend. Seine größere Stärke liegt aber in einer recht temperamentvollen Darstellung. Es war wirklich ein Genuß, diesen Sohn der freien Berge so froh und sorglos, so natürlich spielen zu sehen, der voll Sehnsucht nach dem Weibe ins Tiefenland zieht, wo er in die Tiefe der menschlichen Leidenschaften hineingerissen wird, denen er aber mit männlicher Kraft trotzt, ihrer Reize widersteht und sein erregtes Glück mit in die einsamen Berge nimmt. In Frau Genetrix-Fischer (Maria) fand er eine gleichwertige Partnerin; beide dürfen sich in den großen Beifall des ziemlich vollen Hauses teilen. Die übrige Besetzung der Rollen war gleichfalls recht gut: Herr vom Scheidt (Sebastiano), Herr Schneider (Tommaso) und Frau Boenneken die kleine Liebe Lusi.

Porträtmaler.

Der französische sozialistische Abgeordnete Prizon hatte in voriger Woche unter dem Titel „Ein schlechter Präsident“ für „Le Bonnet Rouge“ ein Charakterbild entworfen, das er als das des Präsidenten der chinesischen Republik, Sun Yat-sen, ausgab. Die Zensur erkannte aber offenbar in ihm sofort das Bild eines andern republikanischen Präzedenzen, denn sie unterdrückte den Artikel bei hoher Strafbewehrung! Da der Abgeordnete Prizon nun aber durchaus sein Bild zu Ruh und Frommen des französischen Volkes bekanntzugeben. Denn an das Staatsblatt reicht die Macht der Zensur nicht heran. So unterbreitete er der Kammer folgendes Porträt:

Der schlechte Präsident.

Ich meine den von China. Als er vor einigen Jahren gewählt wurde, sagte jemand: Er wird uns den Krieg bringen. Er hat uns wirklich den Krieg gebracht. Er war ein armseliges, kleines Männchen. Unsere Zeitungen haben kürzlich sein Bildnis gebracht. Sie haben es gesehen. Er war höflich. Noch schlimmer: Sein lächerliches Krähern spiegelt seine innere Erbarmungslosigkeit wider. Wäre dem nicht so, so würde ich nicht von seiner Gestalt sprechen, die ebenso kurz war, wie seine Ideen, noch von seinem Verstand, das ebenso trübe war, wie sein Epitheton. Ein unheimlicher Egoismus beherrschte seinen kalten Will. Menschen dieser Sorte sind insofern ein ganzes Land und ganze Generationen ihrem fluchwürdigen Joch zu opfern. Ein ängstlicher Ehrgeiz blühte und trug seine ganze Persönlichkeit. Im tiefen Ehrgeiz näherte er laufend kleine Eitelkeiten. Er hielt sich für einen Redner. Man hörte. Er war aber höflich. Er hielt sich für ein Finanzgenie und hielt diese Illusion bei Hofe eine Zeitlang aufrecht. Bald sah man, daß er als Blinder über die Karten urteilte. Er wollte Minister des Auswärtigen sein und wurde es, aber der Vorkoster des großen Reiches des westlichen Völkern bediente sich seiner, wie es heißt, als Papagei, und im Jahre 1908 verabschiedete die Kaiserin enttäuscht unseren Juanischi als Bediensteten. . . . der andern. Mit 39 Jahren war er Mandarin in dem Mandarinentum der Mitternacht. Einer der schönsten Tage seines Lebens war jedoch der, wo die Hölle ihn die Palme der Akademie überreichte und ihn neben sich in einer Art weltlicher Kongregation von grünen Mandarinen mit weitem Federreißig Platz nehmen ließen. Seine Eitelkeit hatte sich auf Kosten seines Ansehens entwickelt. Bei der geringsten Gefahr verlor er sich im Keller. . . . In der Sorge um seine Popularität hatte er in der chinesischen Republik die kaiserliche Zensur wiederhergestellt und sich entschlossen dahinter zu verbergen. . . . Um die Provinzen seines Reiches zu durchziehen, wollte dieser Unglückspräsident seine Bescheidenheit und seinen armseligen Körper unter dem Gepränge der enthronten Kaiser verbergen. Und für diesen vergoldeten Kleiderwagen, für diese seine Eitelkeit und seinen Ruhm perriet der Präsident „mit dem leichten Herzen“ die Republik, die der Reaktion und Kadeke sein Vaterland in Blut. Ludwig XVI. hatte einst bei uns das gleiche getan. Er war unser erster „schlechter Präsident“. Der Nationalkonvent machte es ihm am 21. Januar 1793 begreiflich. Aber, seitdem haben wir in Frankreich die Gewohnheit solcher „ein wenig harter Operationen“ verloren. . . . Heute ist der schlechte Präsident nur noch eine untergeordnete Sonne. Es lebe die Republik! Wieder mit der Reaktion! Der schlechte Präsident ist tot. Wieder mit dem Bürgerkrieg! Es lebe der Friede!

Die Sozialisten spendeten nach einem radikalen Blatt dem Porträtmaler auf der Rednertribüne Beifall, während die übrigen Abgeordneten sich lächelnd verhielten, ein Beweis, daß auch sie das Bildnis nicht nur sehr gut erkannt hatten, sondern es wahrscheinlich im wesentlichen auch nicht als verzeichnet ansahen. Selbst Präsident Poincaré wird es erkennen, ohne notwendig zu haben, sich vor den Spiegel zu stellen.

Schirwindt als ostpreussische „Denkmäler“.

Der Vorschlag, Schirwindt in seinem verwüsteten Zustand zu erhalten, war auch vom „Deutschen Willen“ (Kunstwart) befürwortet worden. Gegen die Einwendungen, die dagegen erhoben wurden, antwortet nun Avenarius im ersten Juniheft des „Deutschen Willens“: Im 1. Februarheft hatten wir den Vorschlag weitergegeben und befürwortet, das von den Russen zerstörte Städtchen Schirwindt als ein Nationaldenkmal der furchtbaren Zeit so zu belassen, wie die Russen es eingerichtet haben. Dagegen wendet sich im „Vorworte“ R. Fehling. Die Folge von derartigen Einrichtungen könnten sehr leicht Spekulationen sein: „Wo den erschütternden Wandel fromme Schauer erfassen sollten, da führt ein lebensfroher Touristenstrom die allerhöchsten Gewinnmöglichkeiten ins Land.“ Wenn Schirwindt als Nationaldenkmal erst eine Sehenswürdigkeit geworden ist, wer will es hindern, daß Geschäft und Spekulation daraus ihre Folgerungen ziehen? Und selbst, blieben wir davon verschont, ist es so gewiß, daß seine Ruinen das bleiben werden, was sie doch sollen: eine Mauer und Mahnung, wenn erst Mutter Natur mitleidvoll mit Moos und Flechten ihren Schmeltschleier über sie breitet und die Gegenwart zur Vergangenheit das hatte und doch so gesunde Wort sprechen wird: Der Lebende hat recht! Oder sollte man die Ruinen etwa künstlich in ihrem grauerregenden Zustand erhalten? Wir brauchen, meint Fehling, ganz andere und eindrucksvollere Mittel, um die Erinnerung an die Auferstehung Ostpreußens bei unsern Nachkommen wachzuhalten, die Erhaltung Schirwindts in seiner Zerstörung sei ein künstliches. Dann spricht er von den Gräbern der Gefallenen. Was das „Künstliche“ anbetrifft: ich würde niemals dazu raten, die Ruinen sozusagen „frisch“ zu erhalten. Daran, daß man sie dem Willen der Natur überläßt, ist gewiß nichts Künstliches. Wir haben in der Tat für spätere Zeiten eine Ruinenstadt Schirwindt im Auge gefaßt, die sich in Flechten und Moos und Flechten und Flechten. Daß sie dann ebenso wenig, wie etwa das Heidelberger Schloß, noch einen „grauerregenden Zustand“ zeigt, macht für mein Gefühl den Gedanken des Einfinders nicht minder wertvoll, sondern mehr. Was die Geschäftspekulationen um Wale der Vergangenheit betrifft, so müssen sie eben als solche bekämpft oder verhindert werden, wo sie stören — davon haben wir im „Kunstwart“ oft gesprochen. Aber das geht doch kaum an, daß man die Wale selbst, Wale irgend welcher Art nur deshalb nicht wäscht, weil die Geschäftsgier sie zu mißbrauchen sucht. Wäre das zulässig, so müßten wir das Heidelberger Schloß, den Kölner Dom, das Leipziger Denkmal selber aus eben den Gründen wegwünschen, die unser Herr Gegner anführt.

Kartoffeln nach wie vor zentnerweise abgegeben, jedoch werden umgekippte 10 Pfund-Kartoffelscheine nur bis zum 26. Juni angenommen. In abgekippten Scheinen sind von den Kleinbäckern 20 Stück für 1 Zentner einzuliefern.

Die Einschränkung des Kartoffelverbrauchs hat sich trotz aller Bemühungen der öffentlichen Behörden um Verschaffung größerer Mengen nicht umgeben lassen. Wir hoffen, daß die Erhöhung der Beihilfe es der Bevölkerung ermöglicht, über die kurze Zeit bis zum Beginn der Frühkartoffelernte hinwegzukommen. Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß die Abkempfung der Kartoffelscheine und der Bezug der auf dieselben auszugebenden Brotscheine in den Brotkommissionen täglich bis zum 15. Juli erfolgen kann. Im Interesse einer glatten Bedienung des Publikums und um den Brotkommissionen das Geschäft nicht unnötig zu erschweren, bitten wir daher dringend, wo es irgend möglich ist, nicht gleich in den ersten Tagen zu den Brotkommissionen zu gehen, sondern den Umtausch möglichst auf die nächste Woche zu verschieben. An die besser gestellten Kreise richten wir aber die dringende Bitte und Mahnung, sich, soweit es irgend geht, mit anderen, wenn auch teureren Nahrungsmitteln zu helfen, um die dadurch ersparten Mengen von Brot und Kartoffeln in erster Linie den unbemittelten Bürgern zugute kommen zu lassen.

Wie gesagt, die arbeitende Bevölkerung wird nun auch noch diese bittere Nuß zu kneten haben. Denn von was leben in den letzten Monaten die Arbeiterfamilien? Von Kartoffeln ausschließlich, und zwar konnte sie solche nur in kleinen Mengen erhalten. Wohl wenige Familien der unteren Volksklassen werden im Keller noch über größere Vorräte verfügen. Und nun plötzlich eine solche rapide Verabfolgung; das kann zur Katastrophe führen, wenn nicht in irgend welcher Form Ersatz geschaffen wird. Das wird, wie Sachkundige behaupten, schwer möglich sein, und doch muß es eine Möglichkeit geben. Nur ein Vorschlag auf jeden 10-Pfund-Kartoffelschein kann unter keinen Umständen genügen. Es muß dringende Aufgabe der Kommission sein, Ersatz zu schaffen.

Wir haben keinen Grund, die Situation schwärzer als schwarz zu malen. Aber Tatsachen feststellen, ist gerade in dieser ersten Zeit unsere Pflicht! Und daher sagen wir, wenn die Kartoffelmengen in ganz Deutschland wirklich so knapp sind, dann auch gar nicht daran zu denken, daß die Bevölkerung so lange durchhalten kann, bis die Frühkartoffelernte da ist. Und die wird auch nur einen Tropfen auf einen heißen Stein gleichen, wenn man weiß, daß die Durchschnittsernte in Deutschland an Frühkartoffeln nur 12 000 000 Zentner beträgt. Diese Menge kann höchstens 14 Tage reichen, noch geschätzt aber dann? Aus dem Appell an die besser gestellten Kreise, sich mit teuren Nahrungsmitteln zu helfen, wird erfahrungsgemäß nichts herausbringen. Wichtiger wäre es nach unserer Ansicht gewesen, die gesamte vorhandene Kartoffelmenge nur der minderbemittelten Bevölkerung bis zu einem gewissen Einkommen zu belassen. Gerade deshalb, weil naturgemäß in diesen Haushalten aber auch keinerlei Lebensmittelvorräte anzutreffen sind. Besonders notwendig ist auch, sofort die Unterstützung der Kriegsfamilien um ein Beträchtliches zu erhöhen. Sonst ist es diesen Familien unmöglich, Ersatz für den Kartoffelersatz auf dem Gemüse usw. zu kaufen. Die Gemüsepreise halten sich bekanntlich auf einer fast unbeschreiblichen Höhe. Aufgabe der zentralen Kriegsfürsorge muß es sein, sofort die nötigen Maßnahmen zu ergreifen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir aber auch aussprechen, daß hier wieder etwas nicht mit rechten Dingen zugeht. Gelegentlich der letzten Bestandsaufnahme im April wurde triumphierend ausposaunt, daß an eine Kartoffelknappheit niemals zu denken ist, weil sich geradezu ungeheure Heberschiffe an Kartoffeln ergeben hätten. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schrieb dazu, daß die tatsächlichen Kartoffelmengen noch größer sein müßten, weil die Landwirte erfahrungsgemäß ihre Bestände eher zu niedrig als zu hoch ansetzen. Raum sind nun zwei Monate ins Land gegangen, da sind fast keine Kartoffeln mehr aufzutreiben. Da müssen wir doch mit Recht fragen, wo die Kartoffelmengen hingewandert sind! Hat man wirklich, um „die Valuta zu heben“, solche gewaltigen Mengen auszuführen, daß man jetzt vollständig blank dasteht. Nach den Erfahrungen mit der RGV ist das nicht ausgeschlossen. Dann sollte man aber — wir wollen nicht soweit gehen, wie sich heute morgen in der Straßenbahn einige Frauen äußerten — gründlich mit dem eisernen Besen auslegen. Wo ist übrigens die Zeitung des neuen Kriegsernährungsamtes; hat Herr v. Batocki sein „Reformwerk“ noch nicht vollendet; fehlen ihm etwa noch immer einige tüchtige Fräulein an der Schreibmaschine? Wir sind mit einem großen Teile der Bevölkerung einverstanden, der sagt, weniger Reisen und Reden halten wäre besser: Sande in's fließt! Nichts zuaneinander, denn wir sind überzeugt, es sind noch große Mengen Kartoffeln in Deutschland vorhanden, nur scheint den lieben Bäckern ihre Reib noch nicht gekommen zu sein. Diese Meinung ist in der Bevölkerung und auch bei Sachkundigen stark verbreitet, darum ist es Aufgabe der Reichsregierung und der Behörden, besonders bei den großen Landwirten und Rittergutsbesitzern die Waffen anzulegen, die sonst bei geringfügigeren Anläufen anderen Kreisen gegenüber so scharf benutzt werden. Gerechtigt das nicht, dann stehen wir vor einer Katastrophe, wie sie die Geschichte noch nicht kennt!

Diebstahl. In eine Wirtschaft kam ein Soldat mit einem Paket und nahm an einem Tisch Platz, an dem der Arbeiter Robert Reil saß. Reil, ein alter Dieb, schnupperte um das Paket herum. Da so Soldaten bringen als was Geräuschtes mit, wenn sie von Urlaub kommen, dann auf dem Lande, da hat's immer noch was. Raum war der Soldat einmal zur Tür hinaus, um den Hof aufzusuchen, da schlich sich Freund Reil mit dem Paket heimwärts in die Küche. Er erlebte eine schwere Enttäuschung: nicht die kleinste Würst war darin, sondern nur Wäsche und dergleichen und nun noch 15 Monate Gefängnis dazu! — Die Monatsfrau Ida Friedreich hatte fünf Monate eine Arbeitsstelle, in der sie, wie der Vorhänge an der Straßenseite bemerkte, wie ein Raub gestohlen hat. Alles, was man an Wäsche und Wäsche in einem Haushalt braucht, hat sie mitgenommen, vom Wäschebündel bis zum Kleiderkasten mit Feuerhaken. Schmudgenhände ließ sie natürlich keineswegs links liegen. Warum sollte sie sich nicht mit einem Armband im Werte von 350 Mark, mit goldenen Ohr- und Fingerringen schmücken? Und eine goldene Uhr mit dito Ketten zieht jede Dame. Die Strafkammer erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Die gefällige Bestellkarte. Vor einigen Wochen wurde der Möbeltransporteur Gustav Percher, weil er hinterher mehr für den Möbelwagen verlangt hatte, als ausgemacht war, von der Strafkammer wegen Erpressung zu einem Jahre und vier Monate Gefängnis verurteilt. Sein Agent war der Kaufmann Ludwig Guno. Daum, der in einem der damals zur Anklage stehenden Fälle ein bißchen durch Fälschung der Bestellkarte mitgewirkt hatte. Das fa. x in der Verhandlung gegen Per-

cher an den Tag. Daum wurde von der Strafkammer wegen schwerer Urkundenfälschung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Schuhmacher-Verbandstag über Krieg und Gewerkschaften.

Am zweiten Verhandlungstag begann mit einem Referat Simons die Aussprache über Krieg und Gewerkschaften. Simon sagte, er wolle die Ursachen des Krieges, und ob er nicht hätte verhindert werden können, nicht untersuchen, sondern sich nur mit der Frage beschäftigen, welche Einwirkung der Krieg auf die Gewerkschaften ausübt, und ob die Hoffnungen, die von einem Teil der Gewerkschafter gehegt werden, sich erfüllen und überhaupt erfüllen können. Das innere wirtschaftliche Resultat des Krieges ist: Auf der einen Seite riesige Gewinne, auf der anderen Not und Elend. Die Klassengegensätze müssen sich dadurch notwendigerweise verschärfen, die Arbeiterklasse wird großen Kämpfen entgegengehen. Die Neuorientierung auf sozialpolitischem Gebiete ist dadurch entschieden. Kann jemand glauben, daß bei großen wirtschaftlichen Kämpfen die Regierung sich neutral verhält oder auf Seiten der Arbeiterklasse steht? An diese Neuorientierung kann ich nicht glauben. Die Regierung ist doch einmal der Nachbarn der Junker, des Kapitals. Die Arbeiterklasse gewinnt nichts durch den Krieg. Ich bedaure darum den Streit in der Partei. Ich will nicht unterschätzen, wie in der Partei recht und unrecht hat, aber die Schuld trägt. Der Streit ist in der Partei ausgebrochen und zu klären und das Urteil auf dem Parteitag zu fällen. Die Gewerkschaften dürfen sich nicht in den Streit hineinmischen, wenn nicht auch eine Zerreißung der Gewerkschaften eintreten soll. Es ist bedauerlich, daß dieser Standpunkt der Neutralität nicht auch von der Generalkommission und dem Korrespondenzblatt eingenommen wird. In Vorbedenankungen hat man sich für die Mehrheit der Reichstagsfraktion erklärt und deren Politik als im Interesse der Gewerkschaften liegend bezeichnet. Es wird sogar gedruckt, die Partei zu zerschneiden, wenn es nicht so geht, wie man es selbst will. Man stellt also so etwas in Aussicht, was der anderen Seite vorgeworfen wird. Die Folge ist, daß viele Mitgliedsversammlungen der Gewerkschaften sich mit dem Streit in der Partei befassen und die eigentliche Arbeit dadurch vernachlässigen. Ich stehe auf dem Standpunkt, die Partei hat ihre Arbeit, also zu erledigen, wie wir uns von der Partei in unsere Angelegenheiten auch nicht hineinbegeben lassen können. Die können wir, wo doch viele unserer Mitglieder keine Sozialdemokraten sind, der Partei Richtlinien vorschreiben? Wer nicht mit aller Kraft dagegen arbeitet, daß die Zerschneidung von den Gewerkschaften ferngehalten wird, der begeht ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Aufgabe der Gewerkschaften ist, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen; da können alle mitarbeiten, ganz gleich, ob sie rechts oder links stehen.

Der Redner gibt dann noch einen Ausblick, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse sich nach dem Krieg gestalten dürften, die besonders die Einigung der Arbeiterklasse notwendig machen. Er legt eine Resolution vor, die im Sinne seiner Ausführungen gehalten ist und lautet:

Der Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands sieht in der Stärke und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung nicht bloß des eigenen Berufes, sondern auch der aller Klassenbewußten Arbeiter Deutschlands eine wichtige Voraussetzung für die Überwindung der nach dem Kriege die Arbeiterbewegung bedrohenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gefahren. Der Verbandstag betont deshalb, daß niemals mehr als jetzt die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ein hohes Gut sei, das zu gefährden oder in Frage zu stellen mit aller Macht und Vorbehalt vermieden werden soll.

Der Verbandstag vertritt sich nicht, daß die tiefen Meinungsverschiedenheiten in der politischen Arbeiterbewegung auch auf die Mitglieder unserer und der anderen Gewerkschaftsorganisationen, wie auch auf ihre leitenden Männer einwirken müßten. Aber diese Kämpfe sollen auf dem Boden der politischen Organisation ausgefochten werden.

Niemals mehr als jetzt ergab sich die Arbeitsteilung der Arbeiterbewegung und die Einhaltung der Grenzlinien der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung als eine Notwendigkeit. Die vor dem Kriege herrschende Neutralität der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in politischer Beziehung darf heute nicht gering gewertet oder gar beiseite geschoben werden, wo der Streit in der politischen Arbeiterbewegung gefährlich hinübergreifen droht auf die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Im Sinne der von den Führern der Gewerkschaftsbewegung früher mit aller Entschiedenheit betonten Neutralität, bedauert der Verbandstag die politische Stellungnahme der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und ihres Korrespondenzblattes, die auch in Widerspruch stehen mit der von den Gewerkschaften erst anlässlich der Verhandlungen über das Vereinsgesetz als notwendig und für die Gewerkschaften förderlich betonten Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften.

In diesem Sinne fordert der Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands alle Organe der Gewerkschaften auf, im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung unabdingbare Neutralität zu halten in dem politischen Streit, der die Arbeiterbewegung zerschneiden soll.

Der Verbandstag verlangt von dem Vorstand die Fortsetzung seiner bisherigen neutralen Haltung in allen Streitigkeiten der sozialdemokratischen Partei, um so diesen Streit von unserer Organisation fernzuhalten, um unsere Agitation für die Gewinnung neuer Mitglieder nicht zu erschweren und um zu verhindern, daß Mitglieder unter Berufung auf die Differenzen in der Arbeiterbewegung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

In der Diskussion bezieht sich zunächst Reichsgerichtsbeordneter Bod (Wolke) die gestern gegen die Resolution gemachten Vorwürfe als unzutreffend. Aus den Kollegen seien ihm viele Zustimmungserklärungen zugegangen. Die Frankfurter Resolution sei von der Redaktion strikt eingehalten worden. (Widerpruch!) Im übrigen erklärt sich Redner mit dem größten Teil der Ausführungen Simons einverstanden. Die Generalkommission trage ein großes Teil der Schuld, wenn ein Zwiespalt in die Gewerkschaft getragen würde. Sie glaube, daß durch ihre Politik die Regierung den Gewerkschaften mehr Entgegenkommen zeige. Dafür sei aber nicht das geringste Anzeichen vorhanden. Bod verwahrt sich mit Entschiedenheit dagegen, daß man die Widerheit als Parteiführer bezeichne. Wenn er sich von der Mehrheit abgemandt habe, dann aus innerer Überzeugung. Ihm sei nichts heiliger als die Einheit der Partei; noch heiliger sei ihm aber die Erhabenheit der Grundsätze der Partei, die er hochgehalten wissen wolle.

Der Vertreter der Generalkommission, Silber Schmidt (Berlin), untersucht, ob das, wofür die Generalkommission beschuldigt wird, in Parteiangelegenheiten sich einge mischt und dadurch den Streit in die Gewerkschaften getragen zu haben, zutrifft. Wenn von Neutralität der Gewerkschaften gesprochen wird, muß man wissen, daß diese war, daß die Gewerkschaften in ein Gegenüberverhältnis mit der Partei getreten sind. Damals haben manche Gewerkschaften dagegen Bedenken erhoben. Seit dem Wannseer Parteitag ist aber die Neutralität der Gewerkschaften durchbrochen. Um die Einheit und Geschlossenheit, die Macht der Arbeiterklasse zu stärken, kam man zu dieser Vereinbarung. Seit dieser Zeit haben Generalkommission und Parteivorstand alle wichtigen Fragen gemeinsam beraten, und seit dieser Zeit ist eine größere Stabilität der Gewerkschafts- und Parteiorganisationen zu verzeichnen. Für die Gewerkschaften ist es nun wichtig, ob die Partei, mit der sie dieses Verhältnis eingegangen ist, ihre Einheit behält; sie hat Interesse daran, von diesem Körper alles fernzuhalten, was eine Spaltung und Schwächung seiner Kraft, seines Einflusses sein könnte. Von diesem Standpunkt aus hat die Generalkommission die Pflicht, ein wachsames Auge darauf zu halten, die Gefahr, die der Partei droht, abzuwenden. Die Generalkommission empfiehlt daher den Gewerkschaften, alles zu tun, um eine Zerspaltung der Partei zu verhindern, da diese auch eine Schwächung der Gewerkschaften sein würde. In diesem Sinne — und nur in diesem — hat auch das Korrespondenz-

blatt gewirkt. Der Redner bespricht dann die von der Vorbedenankenskonferenz gegen die Sonderbündel gefasste Entschließung. Simon legt diese folgend aus. Für die Gewerkschaften handle es sich darum, ob die Spaltung der Fraktion, die Zerreißung der Partei, im Interesse der Gewerkschaften liege. Sie müßte warnen und Protest einlegen, wenn die Voraussetzungen bei dem Abschluß der gegenseitigen Vereinbarungen verschoben werden sollten zum Schaden der Arbeiterorganisationen. Die Vorbedenankenskonferenz hat die Entschließung einstimmig gefaßt. Die Ursache, daß ein Parteistreit besteht, liegt nicht bei der Generalkommission, sondern bei denen, die die Uneinigkeit der Fraktion nach außen dringen ließen, die das demokratische Prinzip verletzten. Die Generalkommission hat ihre Stellung nicht eingenommen, um von der Regierung Anerkennung und Verdienste zu erhalten, sondern weil sie sich für verpflichtet fühlt, für das Land, wenn es in Gefahr ist, einzustehen und die Gefahr von ihm abzuwenden. Man sollte darum der Generalkommission keine falsche Routine unterstellen. Silber Schmidt wandte sich dann gegen die angelegte Resolution, die von falschen Voraussetzungen ausgehe.

Simon erwiderte sofort auf die Ausführungen Silber Schmidts, die um den Kern der Sache herumgegangen seien. Bei den in Wannsee vereinbarten Bedingungen könne es sich doch nur um eine vorübergehende Verständigung handeln in Fragen, die Gewerkschaften und Partei gemeinsam berühren, bei sozialpolitischen Fragen um. Einzelne Gewerkschaften wollten die Partei nach einer gewissen Seite drängen; darin müsse eine unzulässige Beeinflussung der Partei begriffen werden. Die heutige Stellungnahme der Gewerkschaften würde sich später einmal bitter rächen. Simon widerspricht dann der Ansicht Silber Schmidts, daß die Änderung des Reichsgesetzes einen Fortschritt bedeute.

Bod (Wolke) polemisiert dann ebenfalls gegen Silber Schmidt. Er betonte, die Spaltung in der Fraktion sei gekommen, weil die Grundsätze der Partei in der Fraktion nicht gewahrt worden seien.

Der Vormittag des dritten Verhandlungstages war der Aussprache über die Referate gewidmet, die Ansichten waren geteilt, und zwar sowohl der Vertreter aus Wolke als auch Kleinhabben. Am Vormittag des vierten Verhandlungstages folgten Schlussworte, wobei Simon, einem Vorschlage Silber Schmidts folgend, seine Resolution anbot. Er zog den Absatz 4, der von der Generalkommission und dem Korrespondenzblatt handelt, zurück und fügte den Absatz 5 hinzu:

„Der Vorstand wird beauftragt, bei der Generalkommission zu beantragen, daß die Frage der Zerschneidung der Parteistellung von den Gewerkschaften auf die Tagesordnung einer Vorbedenankenskonferenz gesetzt wird, die alsbald einzuberufen ist. Der Verbandstag erwartet, daß diese Konferenz die geeigneten Maßnahmen ergreift, durch die das Übergreifen des Parteistreits auf die Gewerkschaften verhindert und damit die Gefahr der Zerspaltung und Schwächung dieser Organisationen unmöglich wird.“

In dieser Fassung wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Sportliche Veranstaltungen.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Frankfurt a. M. Sonntag den 25. Juni: Wanderung nach der Berle des Odenwaldes. Bensheim—Knodener Höhe—Schlierbach—Windenfels—Winkel—Hohenstein—Reichenbach—Friedensthal—Auerbach. — Abfahrt 8.30 Hauptbahnhof. Fahrpreis 4. Klasse 3 Mk. Gäste willkommen.

Feldpost.

K. R. in B. Nr. 255 dankend erhalten. — Wehrmann Gabriel. Betrag Nr. 255 ist eingegangen. Zeitung ist mit 4. Oktober 1916 begabt. — Tambour Leithammer. Nr. 115 dankend erhalten.

Wegen ungenügender und falscher Adresse kamen zurück:

Greendler Fred. Meyer, Wehrmann Bonim, Peter Christian Had, Musiker Grein (verwundet), Wehrmann Gertrich. Falls Angehörige die genaue Adresse besitzen, bitten wir um deren Angabe. Die Expedition der „Volkstimme“.

Neues aus aller Welt.

Todesurteil. Das Schwurgericht in Weimar hat den Anwalt Otto Bräuner, der seine Geliebte durch Ertrinken im Wasser getötet hatte, zum Tode verurteilt.

Telegramme.

Amerika und Mexiko.

Washington, 23. Juni. (B. V. Richtmiller.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Der mexikanische Gesandte hat bei Lansing Klage darüber erhoben, daß General Pershing Casa Grande besetzt hat. Er erklärte, dieses Vorgehen bedeute eine offene Feindseligkeit.

Washington, 23. Juni. (B. V. Richtmiller.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Es sind Anzeichen für einen friedlichen Vergleich mit Mexiko vorhanden. Doch ist Präsident Wilson entschlossen, die härtesten Maßregeln zu ergreifen, wenn seine Bemühungen zu einem Vergleich scheitern sollten.

Englischer Tagesbericht.

London, 23. Juni. (B. V. Richtmiller.) Amtlicher Bericht vom 22. Juni: Nach Sprengung einer außerordentlich großen Mine überschüttete uns der Feind mit Artilleriefeuer und drang morgens in der Nähe von Ghiench in unsere Gräben ein. Wollte die Feinde unternehmen sofort einen Gegenangriff und warfen den Feind, der schwere Verluste erlitt, vollständig hinaus. Wir haben nachts bei der Höhenbesichtigung eine Mine springen und besetzten den Rand des Trichters. Heute herrscht überall Ruhe.

Türkischer Tagesbericht.

Konstantinopel, 23. Juni. (B. V. Richtmiller.) Bericht des Hauptquartiers: An der Front ist die Lage unverändert. Infolge von Angriffen unserer Truppen wurden die Russen, die im Engpaß von Baital befanden, aus diesem in östlicher Richtung auf Azerend zurückgedrängt. Der Engpaß von Baital liegt 80 Kilometer östlich von Kadir Schirin in einer bergigen Gegend. Wir haben festgestellt, daß infolge des Treffens am 18. Juni, das nördlich Azerend zwischen persischen Krieger und russischen Reitern stattfand, die Russen in Unordnung zurückgedrängt wurden. In der Kaukasusfront kein wichtiges Ereignis. Im Zentrum schossen wir ein feindliches Flugzeug ab. Ein feindliches Kriegsschiff warf auf der Höhe von Tenedos einige Geschosse auf die benachbarte Küste und zog es darauf zurück. Ein anderes Kriegsschiff, das bei Rhodos und der Insel Keusken vorlag, suchte in der Richtung auf Smyrna die hohe See auf. Von den anderen Fronten ist nichts Wichtiges zu melden.

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.

Freitag, 23. Juni, 7 Uhr: „Robert und Bertram“. Samstag, 24. Juni, 7 Uhr: „Hektor's Hochzeit“. Sonntag, 25. Juni, 7 Uhr: „Tannhäuser“. Montag, 26. Juni, 7 Uhr: „Die Nabensteinerin“. Dienstag, 27. Juni, 7 Uhr: „Margarete“. Mittwoch, 28. Juni, 7 Uhr: „Die Abreise“. Der Barbier. Donnerstag, 29. Juni, 7 Uhr: „Halskaff“. Freitag, 30. Juni, 7 Uhr: „Graf Waldemar“.